

Regionales Breitbandgespräch OWL

11. Februar 2016

11:00 Uhr

Rede von Landrat Manfred Müller

Sehr geehrter Herr Minister Duin,
sehr geehrte Herren Landräte,
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

als Landrat des Kreises Paderborn darf ich sie hier im großen Sitzungssaal im Kreishaus herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass wir heute im Rahmen des „Regionalen Breitbandgesprächs OWL“ direkt in Kontakt mit der Landesregierung treten können, um die Fragestellungen und auch Schwierigkeiten beim Breitbandausbau zu erörtern, die vor Ort in den Kommunen und in den Kreisen auftreten.

Doch bevor wir vom Breitbandbüro des Bundes sowie von BreitbandConsulting.NRW etwas zu den Bundes- und Landesförderprogrammen hören, darf ich Ihnen kurz

die regionalen Aktivitäten in unseren Kreisen Gütersloh, Höxter und Paderborn vorstellen.

Der **Kreis Höxter** hat in den Jahren 2010 und 2011 bereits rd. 4 Mio. Euro in die Breitbandinfrastruktur kreisweit investiert. Dies mit dem Ziel, einer flächendeckenden Versorgung mit mind. 16 Mbit/s. Nachdem diese Hybridtechnologie an ihre Leistungsgrenzen kommt, wurde Ende Juni 2015 die Fortschreibung der Machbarkeitsstudie für den Breitbandausbau fertiggestellt. Die hierin vorhandene FTTB-Planung dient als Basis für alle weiteren strategischen und technologischen Überlegungen.

Die kreisweit tätige Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Höxter mbH übernimmt im Rahmen des Breitbandausbaus die Rolle des Breitbandbeauftragten und koordiniert verschiedene Prozesse in den Bereichen Strategie, Planung, Förderung und Ausschreibung. Die 10 kreisangehörigen Städte und Gemeinden unterstützen dabei ein interkommunales Vorgehen im Kreis Höxter. Jede Stadt hält personelle Ressourcen für den Breitbandausbau vor, die dann durch die

Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises über eine Arbeitsgruppe gebündelt werden.

Aktuell sollen im Frühjahr die Gewerbe- und Industriegebiete im Kreis Höxter ausgeschrieben werden. Ein Markterkundungsverfahren läuft zurzeit. Die zuvor bei den Wirtschaftsbetrieben durchgeführte Bedarfsabfrage wurde positiv mit einer 47 %-igen Rücklaufquote abgeschlossen. Für Mitte 2016 ist die weitere Detailplanung für die dörflichen Gebiete vorgesehen, damit diese auch ausgeschrieben und im Rahmen des Bundesförderprogramms (Ende 2016 / Anfang 2017) zur Förderung vorgeschlagen werden können. Die Planungsphase des Gesamtausbaus soll bis spätestens Ende 2016 abgeschlossen sein. Die zehn Städte haben die notwendigen Kofinanzierungssummen ganz oder teilweise bereits in ihre Haushalte eingestellt. Zurzeit finden Informationsgespräche mit potenziellen Ausbauern bzw. Netzbetreibern statt, um auch hier einen aktuellen Informationsstand über die geplanten Aktivitäten im Bereich der Anbieter zu haben.

Im Kreis Gütersloh wurde die Aufgabe der Breitbanderschließung auf den Zweckverband Infokom übertragen. Im Kreis Paderborn nimmt die Servicestelle Wirtschaft die Aufgaben wahr.

Der **Kreis Gütersloh** hat, wie auch der **Kreis Paderborn**, Mitte 2014 einen Masterplan für den Aufbau eines FTTB-Netzes erstellen lassen. Im Rahmen der Erstellung wurde jeweils ein kreisweites Markterkundungsverfahren durchgeführt und es wurde sehr deutlich, dass die Voraussetzungen in den beiden Kreisen sehr ähnlich sind. Insbesondere für die in direkter Nachbarschaft liegenden Kommunen zeichnete sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Vorgehensweise ab. Die identische Ausgangslage und auch die Definition gemeinsamer Interessen führten schließlich zu der Entscheidung, die Kräfte beider Kreise zu bündeln, um gemeinsam erfolgreicher beim Breitbandausbau zu sein. Hierzu gehört sowohl ein Wissenstransfer als auch die Abstimmung des Vorgehens.

Sowohl der Kreis Paderborn als auch der Kreis Gütersloh beteiligten sich an dem europäischen Wettbewerb „Connected Communities“ und erreichten die zweite Runde. Beide Kreise sind somit dauerhaft Gäste in europäischen Breitbandworkshops und haben Zugang zu Finanzierungshilfen der Weltbank. Eine gemeinsame Bewerbung der Kreise erfolgte um den „European Broadband Award 2015“.

Für die Gewerbegebiete sowie die durch die Machbarkeitsstudie überplanten Innenbereiche wird eine konsequente Glasfaserstrategie verfolgt. Im Zuge dessen haben beide Kreise jeweils Fördermittel für Beratungsleistungen nach dem Bundesförderprogramm bewilligt bekommen. Im Kreis Gütersloh hat auch die Stadt Gütersloh eine entsprechende Förderzusage.

Im Zuge eines gemeinsamen Gesprächstermins beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Berlin wurde für beide Kreise ein erster Förderantrag gestellt. Dieser bezieht sich auf den Ausbau von Gewerbegebieten im Betreibermodell. Die als „Pilot“ für die Genossenschaftsgründung gedachten Projekte in

Bad Wünnenberg und Rheda-Wiedenbrück waren eine enorme Herausforderung. Die Handhabung des Bundesförderprogramms hat sich im ersten Aufruf aus Sicht der Betroffenen als äußerst sperrig erwiesen.

Sehr geehrter Herr Minister, sowohl Ihre Mitarbeiter als auch die beiden Breitbandbüros mussten von uns sehr strapaziert werden, um die Anträge überhaupt auf den Weg bringen zu können. Unsere Befürchtung ist hier konkret, dass bei einer Zunahme der Förderanträge die erforderliche Hilfestellung nicht wird geleistet werden kann.

Eine wesentliche Erkenntnis im Rahmen der Aktivitäten ist dementsprechend, dass der Breitbandausbau komplexe Problemstellungen und Handlungsfelder beinhaltet. Um sowohl die personelle als auch finanzielle Ressource von Kommunen nicht zu überfordern sind hier übergeordnete Strukturen notwendig. Anders werden wir die hochgesteckten Ziele der digitalen Agenda nicht erreichen.

Der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftsverband e.V. erarbeitet zurzeit mit Hilfe einer Förderung des Wirtschaftsministeriums das Modell einer kreisübergreifenden Breitbandgenossenschaft. Die Gründung dieser Genossenschaft unter Beteiligung der Kreise Gütersloh und Paderborn ist noch im Haushaltsjahr 2016 geplant.

Wesentliche Aufgabe der Genossenschaft wird es dabei sein, in Fällen von Marktversagen Infrastruktur zu schaffen, aber auch zu vermarkten. Denn gerade im Bereich der ländlichen Räume wird die Vermarktung der Netze mit vergleichsweise wenig Anschlussnehmern eine wesentliche Herausforderung sein. Eine erfolgreiche und wirtschaftlich darstellbare Vermietung kommunaler Netze setzt entsprechende Mengengerüste und auch vorhandene Backboneinfrastrukturen voraus. Diese könnten über die Genossenschaft gebündelt angeboten werden.

Die von den Kreisen jeweils erfolgende Beratung der Kommunen – auch in Förderfragen - könnte in der Genossenschaft zusammengefasst werden. Dies dient

der dringend notwendigen Bündelung von Know-How und Ressourcen.

Die Genossenschaft würde als zentrales Kompetenzzentrum Breitband fungieren und wäre damit einheitlicher Ansprechpartner für alle am Breitbandausbau Beteiligten.

Trotz dieser sehr konkreten Bemühungen bleibt nämlich eine Feststellung:

Der Breitbandausbau im ländlichen Raum wird nur gelingen, wenn Kräfte gebündelt werden. Glasfasernetze unterliegen nicht dem Anschluss- und Benutzungszwang. Die Kommunen werden in eine für sie neue Rolle gedrängt, wenn sie die geschaffenen Infrastrukturen vermarkten müssen. Für die Attraktivität der Netze aus Betreibersicht wird es auf deren Größe sowie auf die Zahl der erreichbaren Anschlussnehmer ankommen. Sinnvolle Erschließungsprojekte orientieren sich daher nicht an Gemeinde- oder Kreisgrenzen, sondern an den zu erzielenden Effekten auf dem Markt.

In diesem Sinne müssen interkommunale Projekte eine Selbstverständlichkeit werden.

Wir beschreiten hier neue Wege im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Kreise. Deshalb möchte ich im Namen der anwesenden Landräte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier noch einmal deutlich fordern:

Wir brauchen die Unterstützung von Bund und Land! Wir brauchen handhabbare Förderprogramme, die vor allem schnell und unbürokratisch zugänglich sind! Wir brauchen Finanzierungshilfen für die enormen personellen Ressourcen, die für diese neuen Aufgaben erforderlich sind. Wir brauchen schließlich die Überzeugung aller, dass nur eine Glasfaserinfrastruktur – ohne Umwege – zu einer nachhaltigen digitalen Versorgung unserer Landkreise führen kann.

Sonst werden wir die digitalen Autobahnen der Zukunft nicht schaffen können.